

Oktober 2023

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Schlechte Noten für deutsche Zuwanderungspolitik.....	5
Gewachsene Zuwanderungsskepsis, Unterstützung für begrenzte Flüchtlingszahlen.....	6
Durchweg Zuspruch für Maßnahmen zur Zuwanderungsbegrenzung	7
Präferenz für europäische Flüchtlingslösung, aber Zweifel an deren Realisierbarkeit.....	8
Bewertung Regierungsarbeit: keine Anzeichen für Trendwende	9
Politikerzufriedenheit: Minister Baerbock, Habeck, Faeser mit zweitniedrigstem, Wissing mit niedrigstem Zustimmungswert.....	10
Sonntagsfrage: kaum Veränderung in der bundespolitischen Stimmung	11
Demokratiezufriedenheit zum Vorjahr gesunken.....	13
Studieninformation.....	14

Zusammenfassung

Mit der zuletzt gewachsenen Zahl von irregulären Einreisen nach Deutschland ist das Zuwanderungsthema auf die Agenda der Bundespolitik zurückgekehrt. Auch die Problemsicht der Bürgerinnen und Bürger wird wieder zunehmend von der Zuwanderung bestimmt, wie der ARD-DeutschlandTREND zu Beginn des Monats zeigte. Im Bevölkerungsurteil zur aktuellen Zuwanderungspolitik überwiegt parteiübergreifend die Kritik. Für die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, für die Integration von Flüchtlingen in Gesellschaft wie Arbeitsmarkt vergeben jeweils acht von zehn schlechte Noten, gut sieben von zehn für die Unterbringung und Verteilung von Flüchtlingen. Angesichts sichtbarer Defizite in der Flüchtlingspolitik wächst die Skepsis gegenüber der Zuwanderung insgesamt. 64 Prozent und damit deutlich mehr als noch im Frühjahr verbinden mit der Migration vor allem Nachteile für die Bundesrepublik. Zugleich wird der Wunsch nach einer Begrenzung der Flüchtlingszahlen lauter. Nach 52 Prozent im Mai sprechen sich mittlerweile gut sechs von zehn dafür aus, weniger Geflüchtete in Deutschland aufzunehmen.

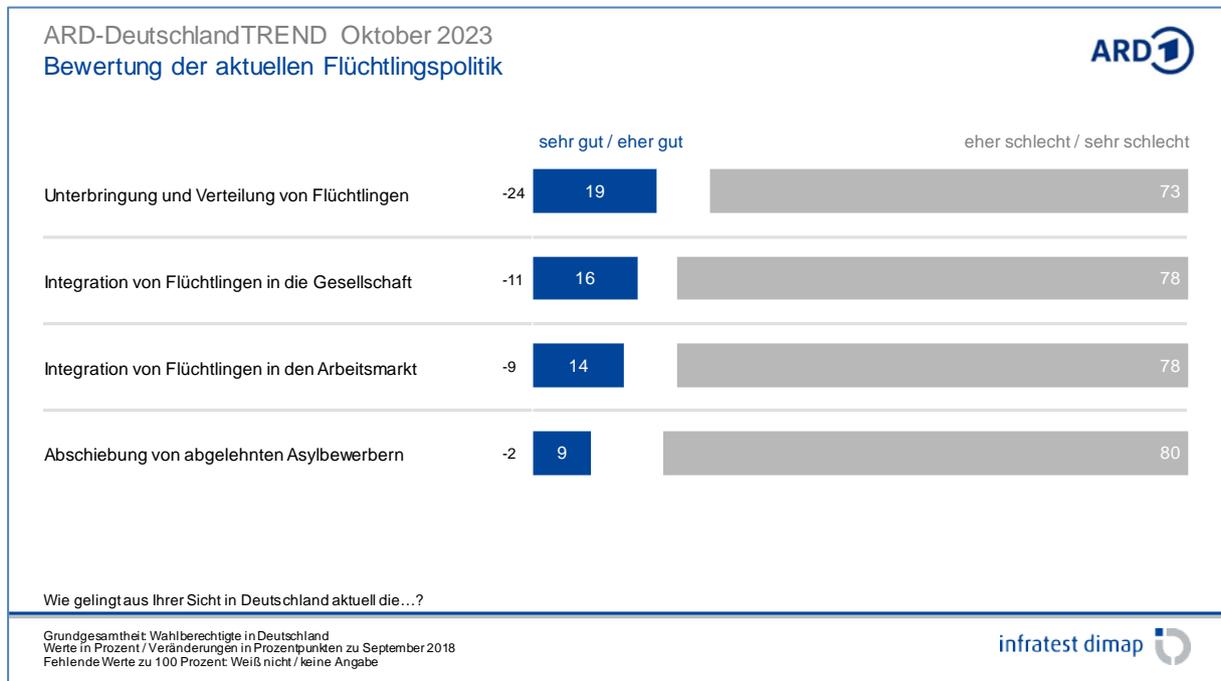
Das Unbehagen angesichts hoher Flüchtlingszahlen spiegelt sich in der Unterstützung von Maßnahmen zur Zuwanderungsbegrenzung. Verstärkte Grenzkontrollen und Flüchtlingsabkommen mit afrikanischen Staaten bezeichnen jeweils acht von zehn als richtig. Sieben von zehn befürworten die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer und die Einführung einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen. Abgesehen von einer Flüchtlingsobergrenze reicht dabei die Zustimmung bis in das Grünen-Wählermilieu. Grundsätzlich favorisieren die Bundesbürger in der Flüchtlingspolitik europäische Ansätze, wenn auch nicht ganz so stark wie früher. Zugleich bezweifelt allerdings eine Mehrheit, dass Lösungen in der Flüchtlingspolitik zeitnah auf EU-Ebene umsetzbar seien.

Wie andernorts in Europa stößt angesichts der Gleichzeitigkeit mehrerer zu bewältigender Krisen der Zuspruch zur Regierungsarbeit auch in Deutschland weiter auf erkennbare Grenzen. Anzeichen für eine Trendumkehr zu Gunsten der Berliner Ampel-Parteien bleiben bislang aus. Wie zu Monatsbeginn üben acht von zehn Wahlberechtigten Kritik an den Regierungsleistungen. Nach wie vor ziehen vom Verteidigungsminister abgesehen alle abgefragten Kabinettsmitglieder überwiegend negative Urteile auf sich. Allerdings schneidet SPD-Kanzler Scholz besser ab als vor drei Wochen. Hingegen liegen Wirtschaftsminister Habeck, Innenministerin Faeser sowie Verkehrsminister Wissing deutlich schlechter als zuletzt. In der bundespolitischen Stimmung bleiben SPD, Grüne und FDP ohne gemeinsame Mehrheit. Die CDU/CSU liegt in der Sonntagsfrage mit 28 Prozent unangefochten vorn, gefolgt von der AfD mit 22 und der SPD mit 16 Prozent. Die Grünen kämen auf 14, die Liberalen auf 6 Prozent. Die Linke würde mit 4 Prozent an der Mandatsschwelle scheitern. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 10 Prozent, darunter die Freien Wähler mit 3 Prozent.

In der kommenden Woche jährt sich die Deutsche Wiedereinigung zum 33. Mal. Trotz vielfach krisenhafter Entwicklungen und aktuell geringen Vertrauens in die Berliner Regierungsarbeit stehen die Bundesbürger in West wie Ost mit großer Mehrheit hinter der Demokratie als politischem Modell. Eine Mehrheit der west- wie ostdeutschen Wahlberechtigten wissen sie als gute Regierungsform zu wertschätzen. Allerdings überzeugt die aktuelle Praxis der bundesdeutschen Demokratie deutlich weniger. In Westdeutschland ist knapp die Hälfte mit ihrem Funktionieren zufrieden, in Ostdeutschland sind es nur drei von zehn. Damit ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie zugleich in beiden Teilen der Republik rückläufig.

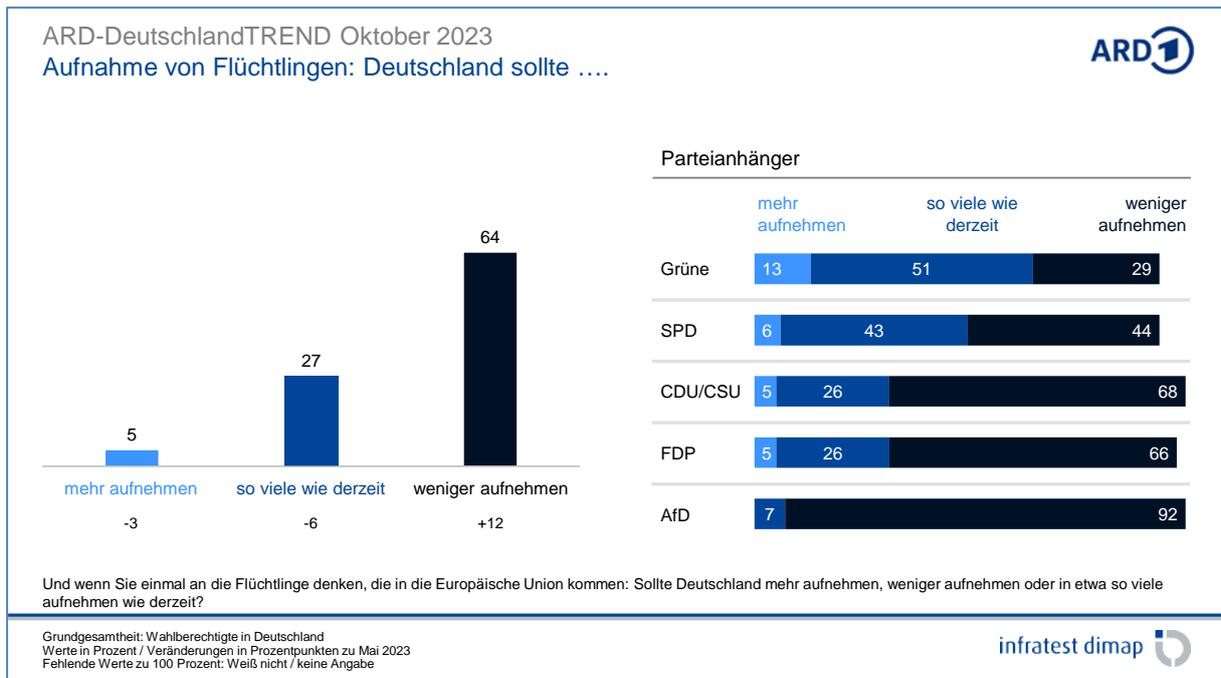
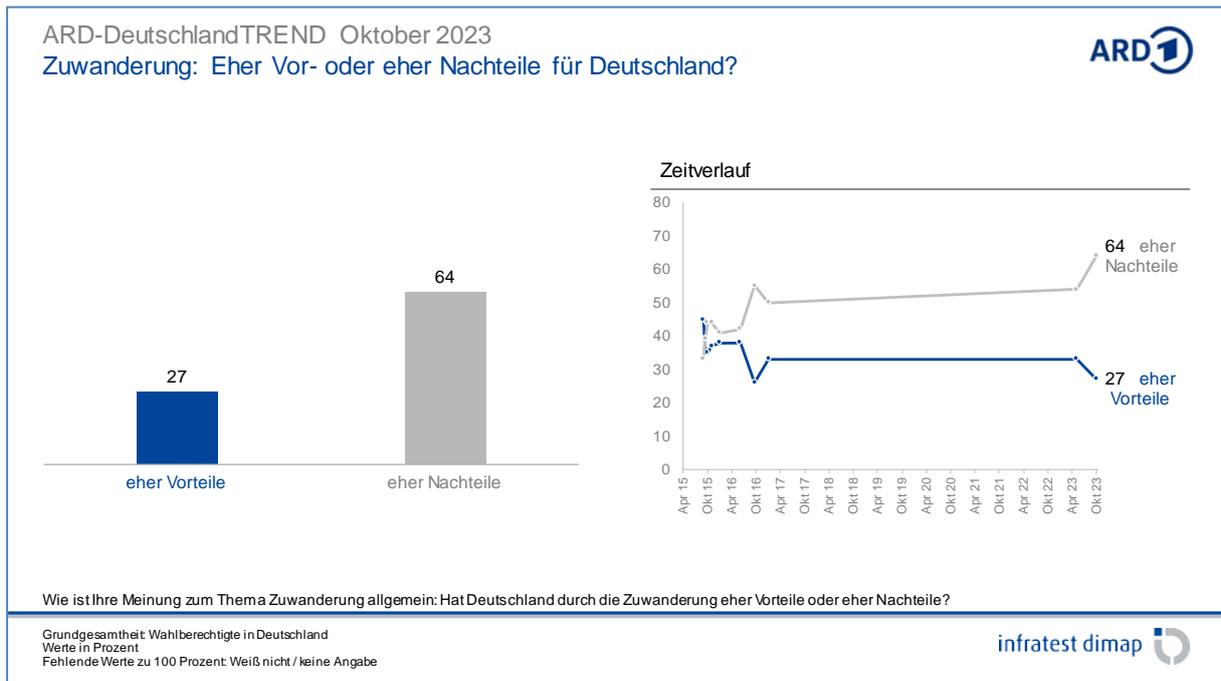
Schlechte Noten für deutsche Zuwanderungspolitik

Mit der zuletzt gewachsenen Zahl von irregulären Einreisen nach Deutschland ist das Zuwanderungsthema auf die Agenda der Bundespolitik zurückgekehrt. Auch die Problemsicht der Bürgerinnen und Bürger wird wieder zunehmend von der Zuwanderung bestimmt, wie der ARD-DeutschlandTREND zu Beginn des Monats zeigte. Im Bevölkerungsurteil zur aktuellen Zuwanderungspolitik überwiegen parteiübergreifend die kritischen Stimmen. Für die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber (9:80 Prozent), die Integration von Flüchtlingen in Gesellschaft (16:78 Prozent) wie Arbeitsmarkt (14:78 Prozent) vergeben jeweils acht von zehn Wahlberechtigten schlechte Noten, für die Unterbringung und Verteilung von Flüchtlingen gut sieben von zehn (19:73). Die Perspektive der Bundesbürger war auch bereits vor fünf Jahren mehrheitlich kritisch eingefärbt. Gegenüber 2018 hat sich die Bewertung aber weiter verschlechtert, vor allem auf dem Feld der Flüchtlings-Unterbringung.



Gewachsene Zuwanderungskepsis, Unterstützung für begrenzte Flüchtlingszahlen

Angesichts sichtbarer Defizite in der Flüchtlingspolitik wächst in Deutschland die Skepsis gegenüber der Zuwanderung insgesamt. 64 Prozent der Wahlberechtigten und damit deutlich mehr als noch im Frühjahr (+10 zu Mai) verbinden mit der Migration vor allem Nachteile für die Bundesrepublik. Nur für ein gutes Viertel (27 Prozent; -6) überwiegen momentan die Vorteile.

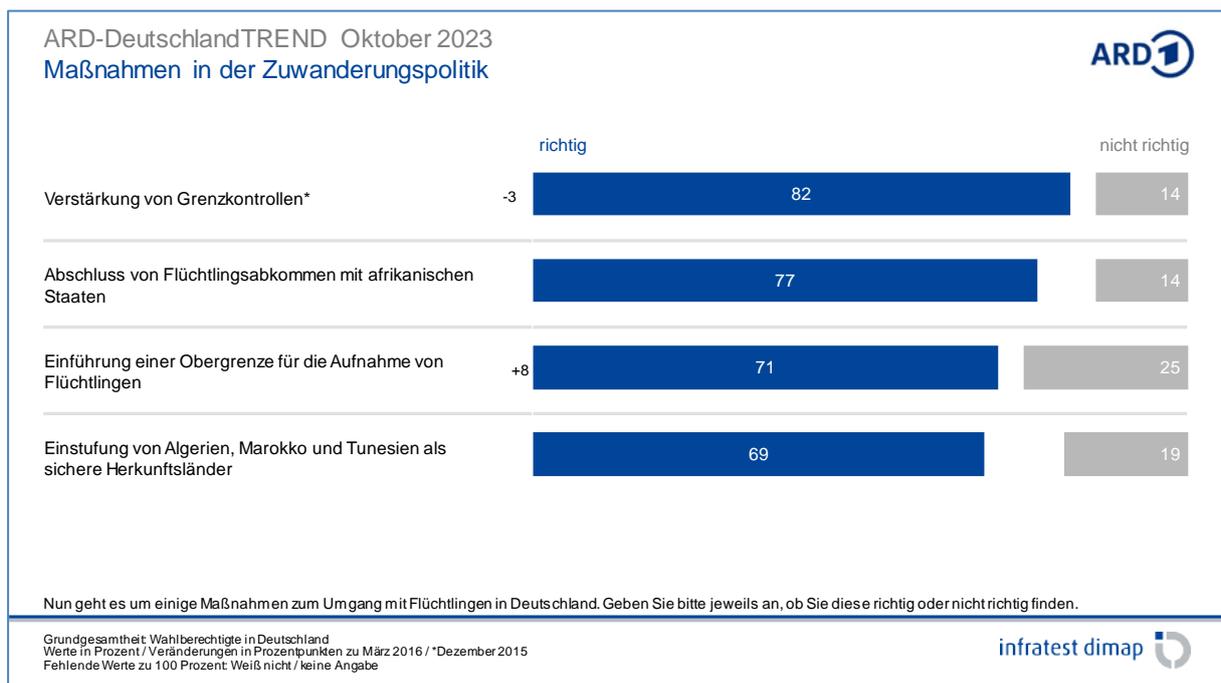


Zugleich wird in der Bevölkerung der Wunsch nach einer Begrenzung der Flüchtlingszahlen lauter. Nach 52 Prozent im Mai sprechen sich nunmehr 64 Prozent (+12) dafür aus, dass Deutschland

weniger Geflüchtete aufnimmt. 27 Prozent (-6) wollen an den jetzigen Zahlen festhalten. Eine Ausweitung der Flüchtlingsaufnahme ist für lediglich 5 Prozent (-3) eine Option. Jenseits der AfD-Anhängerschaft (92 Prozent) findet eine restriktivere Flüchtlingsaufnahme mehrheitlichen Zuspruch in den Reihen von FDP (66 Prozent) und Union (68 Prozent). Aber auch gut vier von zehn SPD-Anhängern (44 Prozent) äußern sich entsprechend. Bei den Anhängern der Grünen sind es dagegen nur 29 Prozent.

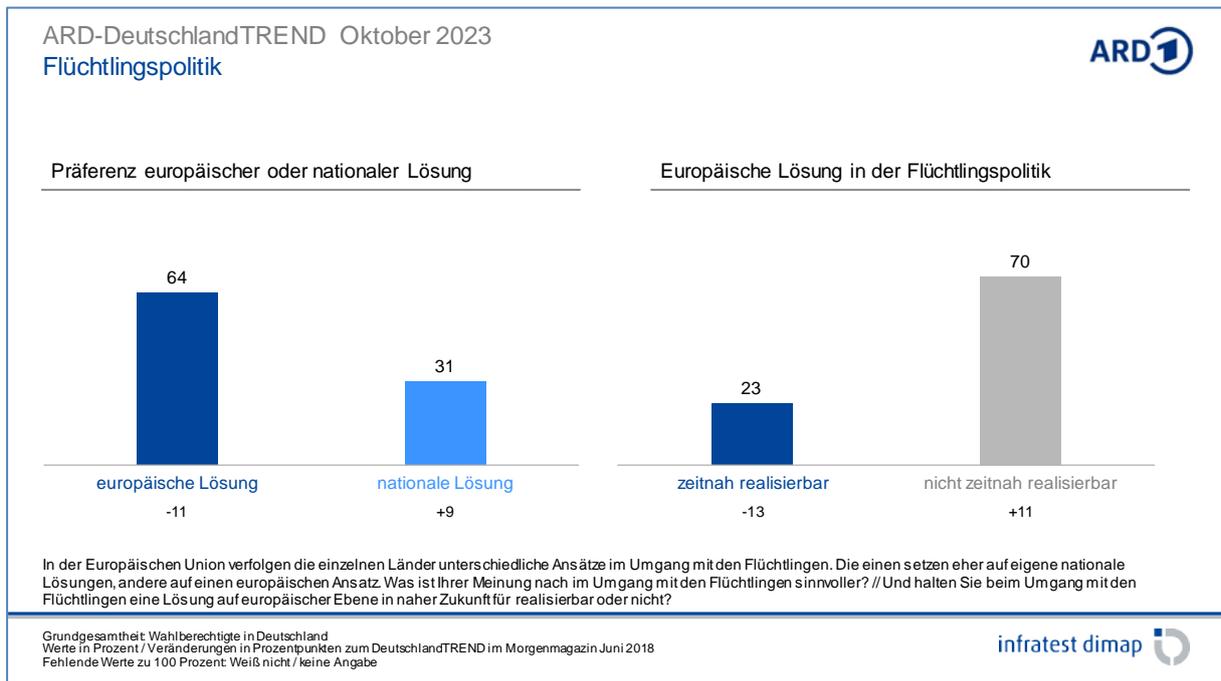
Durchweg Zuspruch für Maßnahmen zur Zuwanderungsbegrenzung

Das sichtbare Unbehagen gegenüber den derzeit hohen Flüchtlingszahlen spiegelt sich in der Unterstützung von Maßnahmen zur Zuwanderungsbegrenzung. Verstärkte Grenzkontrollen (82 Prozent) und der Abschluss von Flüchtlingsabkommen mit nordafrikanischen Staaten (77 Prozent) bezeichnen jeweils etwa acht von zehn als richtig. Sieben von zehn befürworten die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer (69 Prozent) und die Einführung einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen (71 Prozent). Die Zustimmung zu den genannten Maßnahmen reicht bis in das Grünen-Wählmilieu. Hiervon ausgenommen ist allein die Einführung einer Flüchtlingsobergrenze, die bei den Grünen-Anhängern auf erkennbaren Widerspruch stößt (38:60 Prozent).



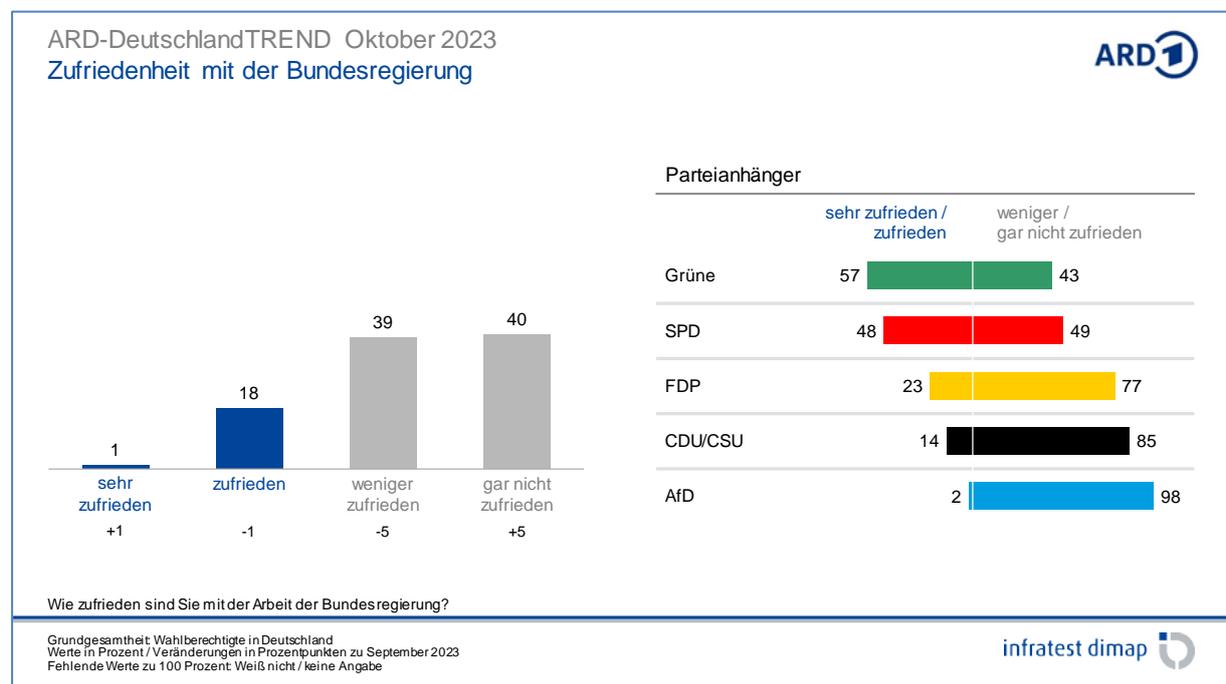
Präferenz für europäische Flüchtlingslösung, aber Zweifel an deren Realisierbarkeit

Grundsätzlich favorisieren die Bundesbürger in der Flüchtlingspolitik eine europäische Lösung, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie früher. Zwei Drittel (64 Prozent; -11 zu Juni 2018) halten Ansätze auf EU-Ebene für sinnvoller als nationale Angänge. Letztere werden nur von 31 Prozent (+9) vorgezogen. Zugleich bezweifelt allerdings mit 70 Prozent (+11 zu Juni 2018) eine wachsende Mehrheit, dass auf EU-Ebene Lösungen in der Flüchtlingspolitik zeitnah umsetzbar sind. Abgesehen von den AfD-Anhängern werden europäische Ansätze in der Flüchtlingspolitik in allen Wählerschaften bevorzugt. Die Realisierungschancen für zügige europäische Lösungen werden allerdings in den Reihen aller Parteien skeptisch gesehen.



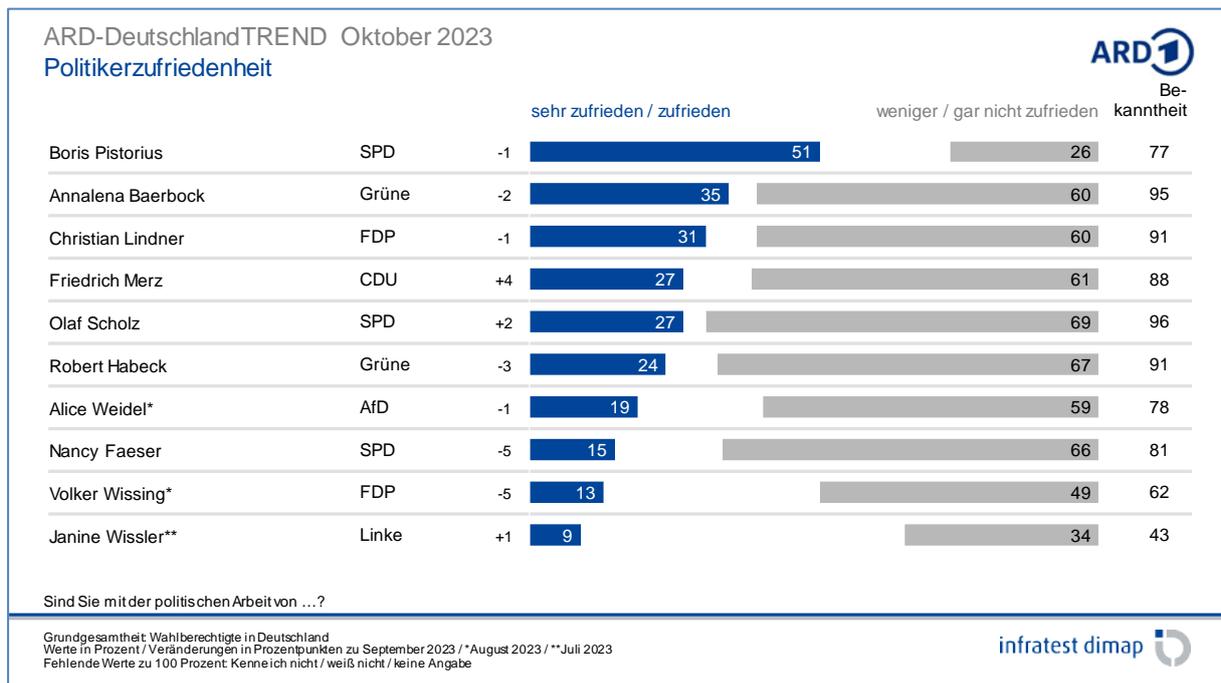
Bewertung Regierungsarbeit: keine Anzeichen für Trendwende

Wie andernorts in Europa stößt angesichts der Gleichzeitigkeit mehrerer zu bewältigender Krisen der Zuspruch zur Regierungsarbeit auch in Deutschland weiter auf erkennbare Grenzen. Anzeichen für eine Trendumkehr zu Gunsten der Berliner Ampel-Parteien bleiben bislang aus. Wie zu Monatsbeginn üben acht von zehn Wahlberechtigten (79 Prozent; +/-0) Kritik an den Regierungsleistungen des Bundeskabinetts, nur jeder Fünfte (19 Prozent; +/-0) ist zufrieden. In den Reihen der Koalition überwiegt der Zuspruch weiterhin allein bei den Grünen-Anhängern (57:43 Prozent). Die Regierungsbilanz der SPD-Anhänger fällt gespalten aus (48:49 Prozent). Die FDP-Anhänger (23:77 Prozent) äußern gemeinsam mit denen von Union (14:85 Prozent) deutliches Unbehagen. Die AfD-Anhänger üben faktisch geschlossen Kritik (2:98 Prozent).



Politikerzufriedenheit: Minister Baerbock, Habeck, Faeser mit zweitniedrigstem, Wissing mit niedrigstem Zustimmungswert

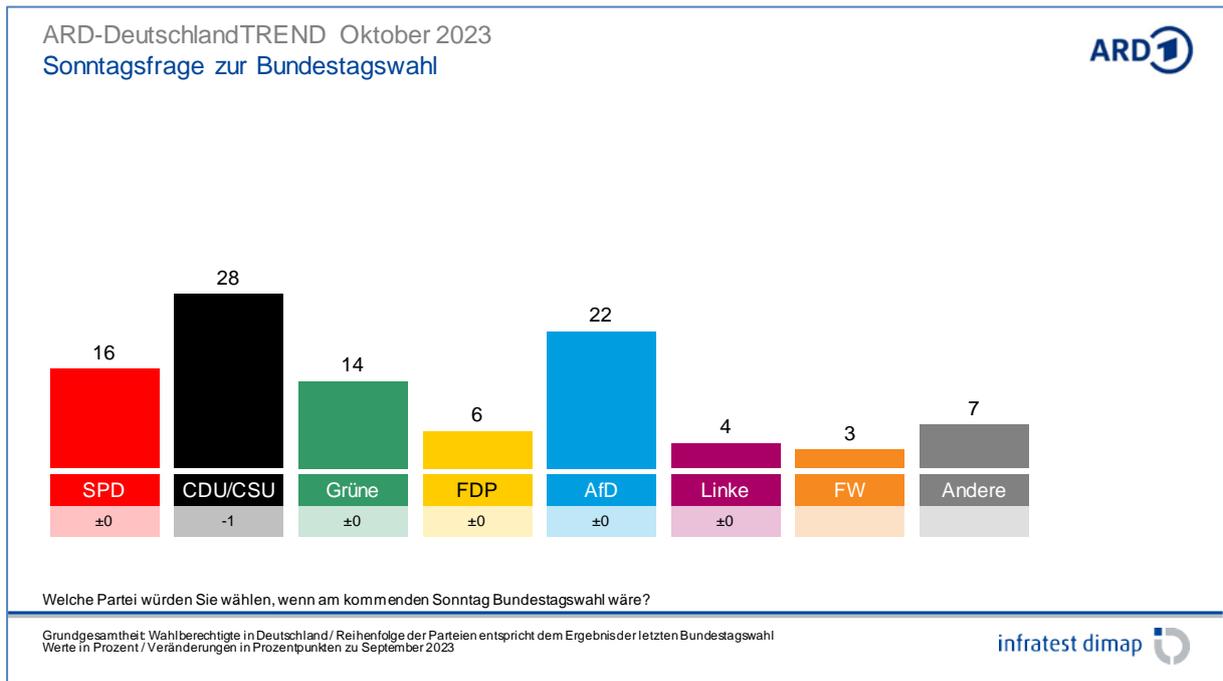
Nach wie vor ziehen vom Verteidigungsminister abgesehen alle abgefragten Mitglieder des Ampel-Kabinetts überwiegend negative Urteile auf sich. Boris Pistorius wird von jedem Zweiten (51 Prozent; -1) wohlwollend bewertet. Auf ihn folgt mit deutlichem Rückstand Annalena Baerbock mit einem Zuspruch von 35 Prozent (-2), der zweitniedrigste Wert für die Grünen-Außenministerin. Mit der Arbeit von FDP-Finanzminister Christian Lindner sind derzeit 31 Prozent (-1) zufrieden. SPD-Kanzler Olaf Scholz überzeugt 27 Prozent (+2) und damit etwas mehr als zu Monatsbeginn. Demgegenüber verliert Grünen-Wirtschaftsminister und Vize-Kanzler Robert Habeck im gleichen Zeitraum an Sympathien. Mit 24 Prozent (-3) muss auch er sich mit dem zweitniedrigsten Zustimmungswert seit Übernahme des Ministeramtes zufriedengeben. Noch deutlicher büßt Nancy Faeser im bundesweiten Bürgerurteil ein. Die SPD-Innenministerin und hessische Landtagsspitzenkandidatin überzeugt aktuell 15 Prozent (-5) der Wahlberechtigten. Auch sie muss sich mit dem zweitniedrigsten Zustimmungswert ihrer Berliner Amtszeit begnügen. Ähnlich große Sympathieverluste hat Volker Wissing hinzunehmen. Der FDP-Verkehrsminister fällt mit 13 Prozent (-5 zu August) sogar auf seinen niedrigsten Zustimmungswert im Ministerressort zurück. Nur zwei Bundesverkehrsminister waren im ARD-DeutschlandTREND bereits schlechter bewertet: Manfred Stolpe und Andreas Scheuer.



Oppositionsführer Friedrich Merz steht im Bevölkerungsurteil besser da als zuletzt. Mit 27 Prozent (+4) erzielt er momentan ähnlichen Zuspruch wie SPD-Kanzler Scholz. Die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel punktet bei 19 Prozent der Wahlberechtigten. Sie liegt damit nur knapp hinter ihrem Höchstwert vom August und zugleich vor Innenministerin Faeser und Verkehrsminister Wissing. Linken-Parteichefin Janine Wissler punktet bei 9 Prozent (+1 zu Juli).

Sonntagsfrage: kaum Veränderung in der bundespolitischen Stimmung

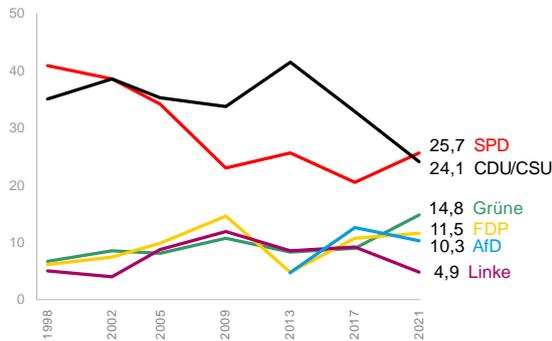
In der bundespolitischen Stimmung bleiben SPD, Grüne und FDP ohne gemeinsame Mehrheit. Die CDU/CSU liegt in der Sonntagsfrage mit 28 Prozent (-1 zu Monatsbeginn) unangefochten vorn, gefolgt von der AfD sowie der SPD mit unverändert 22 bzw. 16 Prozent (jeweils +/-0). Die Grünen kämen wie gehabt auf 14, die Liberalen auf 6 Prozent (jeweils +/-0). Die Linke würde mit nach wie vor 4 Prozent (+/-0) an der bundesweiten Mandatsschwelle scheitern. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 10 Prozent (+1), darunter die Freien Wähler mit 3 Prozent.



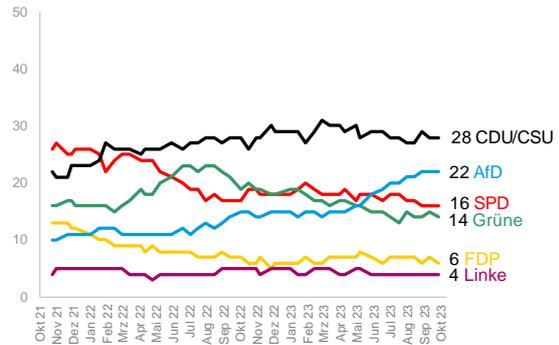
ARD-DeutschlandTREND Oktober 2023
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



Umfrageergebnisse seit Bundestagswahl 2021



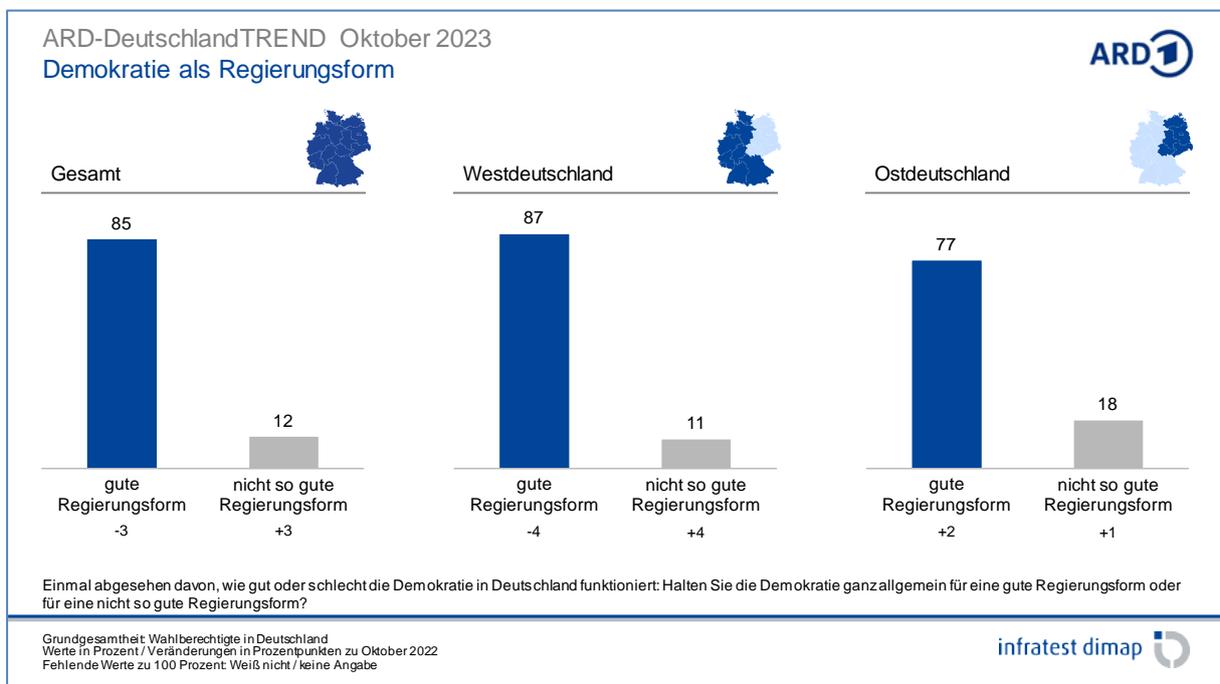
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Demokratiezufriedenheit zum Vorjahr gesunken

In der kommenden Woche jährt sich die Deutsche Wiedereinigung zum 33. Mal. Trotz vielfach krisenhafter Entwicklungen und aktuell geringen Vertrauens in die Berliner Regierungsarbeit stehen die Bundesbürger in West wie Ost mit großer Mehrheit hinter der Demokratie als politischem Modell. Nicht nur 87 Prozent der Westdeutschen (-4 zu Oktober 2022), sondern auch 77 Prozent der ostdeutschen Wahlberechtigten (+2) wissen sie als gute Regierungsform zu wertschätzen. Allerdings überzeugt die Praxis der bundesdeutschen Demokratie deutlich weniger. In Westdeutschland ist knapp die Hälfte (47 Prozent; -7) mit ihrem Funktionieren zufrieden. Im Ostteil äußern sich nur drei von zehn (32 Prozent; -3) zu deren Funktionieren wohlwollend, während der Unmut mit 66 Prozent (+4) dominiert. Damit ist sowohl in West- wie in Ostdeutschland die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie rückläufig.



ARD-DeutschlandTREND Oktober 2023

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Redaktion WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- und Online-Befragung	
Fallzahl	1.302 Befragte (776 Telefoninterviews und 526 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	25. bis 27. September 2023	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0